

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom
Kantonsratspräsidentin

22. Juni 2026
Widmer Reichlin Gisela

**A 835 Anfrage Engler Pia und Mit. über die Wartezeiten bei den
Fachsprechstunden der Lups und den Anmeldestopp bei der Fachstelle für
Autismus-Spektrum-Störungen im Erwachsenenalter / Gesundheits- und
Sozialdepartement**

Die Anfrage A 835 wurde auf die Juni-Session hin dringlich eingereicht.
Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.
Pia Engler hält an der Dringlichkeit fest.

Pia Engler: Die vorübergehende Schliessung eines Angebots der Luzerner Psychiatrie (Lups) ist eine ultima ratio. Keine Möglichkeit zur Abklärung oder Aufnahme, das ist alarmierend. Es geht um die psychische Gesundheitsversorgung der Bevölkerung, die davon betroffen ist. Betroffene Menschen stehen aktuell vor verschlossenen Türen, ebenso ihre Angehörigen und die begleitenden Fachpersonen. Es handelt sich hier nicht um eine Randfrage, sondern um die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung. Wenn diese nicht mehr gewährleistet ist, entsteht unmittelbarer Handlungsbedarf. Der Kanton trägt die Verantwortung für die Versorgung und ist als Eigentümer in der Pflicht. Deshalb ist es von hoher politischer Relevanz zu klären, ob weitere Einschränkungen drohen und wie die Versorgung kurzfristig sichergestellt werden kann. Eine spätere Behandlung wird der Situation nicht gerecht. Die Politik hat die Pflicht, jetzt hinzuschauen und zu handeln. Daher bitte ich Sie, der dringlichen Behandlung zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.

Michaela Tschuor: Der Regierungsrat beantragt, die dringliche Behandlung abzulehnen. Das Anliegen ist sehr wohl berechtigt und sehr wichtig. Lange Wartezeiten in der psychiatrischen Versorgung, insbesondere bei den Angeboten der spezialisierten Beratung, sind sehr belastend für die entsprechenden Patientinnen und Patienten, ihr Umfeld und natürlich auch für die Versorgung. Wichtig ist nicht immer automatisch dringlich im Sinn unserer Geschäftsordnung. Die Dringlichkeit setzt voraus, dass ein Anliegen keinen Aufschub erträgt, weil es in einer späteren Session gegenstandslos wäre. Dies ist hier nicht der Fall. Weshalb? Bei den Wartezeiten in der Lups, der Psychiatrie und der Fachsprechstunde handelt es sich um bekannte strukturelle Probleme. Diese lassen sich leider nicht von heute auf morgen lösen, auch wenn das sinnvoll wäre. Der Regierungsrat möchte transparent aufzeigen, wo Wartezeiten bestehen. Die Lups soll aufzeigen können, wie sie diese abbaut und welche Massnahmen getroffen wurden und in Zukunft getroffen werden sollen. Das entsprechende Gefäss dafür ist die Beratung über den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) und den Voranschlag. Dort können die entsprechenden finanziellen Ressourcen diskutiert und die inhaltlichen Massnahmen aufgezeigt werden. Das laufende Risiko, dass die Sprechstunden durch eine Beratung in Ihrem Rat heute reduziert werden würden, reduziert sich nicht, weil wir strukturelle Probleme haben, die sich nicht durch eine Beratung in der Session klären lassen. In diesem Sinn beantragt unser Rat, die Dringlichkeit abzulehnen. Wir sind aber bereit, im Rahmen der Diskussion über den AFP eine vertiefte Antwort auf diese Fragen zu geben.

Pia Engler: Es geht hier nicht um Wartezeiten, sondern um einen Aufnahmestopp. Das ist aus meiner Sicht doch ein wesentlicher Unterschied.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 83 zu 29 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.